

Aufruf zu öffentlicher Diskussion

Entwurf einer Neufassung des Artikel 7, GG

Grundlage für unseren Vorschlag zur Neufassung des Artikels 7, GG, sind die fünf Forderungen, die bereits im Jahr 1991 in Zusammenhang mit einer Aktion zur Förderung der Kinderrechte in der von Johannes Heimrath im Jahre 1991 verfassten „Petition für Freiheit und Selbstbestimmung im Bildungswesen“ erstmals den Landtagen und dem Bundestag vorgelegt wurden. Diese Forderungen sind bisher in keiner Variante erneut vorgetragen worden. Keiner der Punkte wurde politisch umgesetzt. Der endgültige Text der Gesetzesneufassung soll auf den Formulierungen der folgenden Forderungen aufbauen.

Forderung 1

(1) Alle Menschen haben das Recht auf Bildung nach ihrem Willen.

Forderung 2

(1) Eltern oder andere verantwortliche Begleiter haben die Pflicht, Kindern die Wahrnehmung von Bildungsangeboten, insbesondere von Unterricht zu ermöglichen, und zwar entweder zu Hause, in privaten oder öffentlichen Einrichtungen oder auf andere Weise.

(2) Bei der Wahl von Bildungsform und Bildungsstätte haben Eltern oder andere verantwortliche Begleiter den Willen des Kindes zu achten.

Forderung 3

(1) Bildungsangebote, auch in Form von Schulen, kann jede natürliche oder als gemeinnützig anerkannte juristische Person, welche die Grundrechte und Gesetze achtet, gleichberechtigt neben den staatlichen Angeboten unterbreiten.

(2) Der Staat darf im Bereich schulischer und außerschulischer Bildung Eltern oder andere verantwortliche Begleiter nicht verpflichten, unter Verletzung ihres Gewissens und ihrer rechtmäßigen Wahl die Kinder in staatliche Schulen oder irgendeinen besonderen, vom Staat vorgeschriebenen, Schultypus zu schicken.

Forderung 4

(1) Alle Menschen haben das gleiche Recht auf staatliche Förderung ihrer Bildung und Ausbildung. Das bedeutet auf Seiten des Staates:

(2) Jedem Menschen wird ein finanzieller Grundbetrag für seine Bildung garantiert.

(3) Die öffentliche Finanzierung von Bildung ist in ihrer Höhe so zu bemessen, dass sie den uneingeschränkten Zugang zu Bildung ermöglicht.

Forderung 5

(1) Die Bildungsinhalte bleiben Gegenstand der Diskussion in der gesamten Gesellschaft und dürfen nicht vom Staat vorgeschrieben werden.

(2) Aufgabe der Bürger bleibt jedoch, darüber zu wachen, dass das Recht auf freie Bildung von jedem Menschen, insbesondere von Kindern, uneingeschränkt und selbstbestimmt wahrgenommen werden kann.

(3) Die Rechtsaufsicht wird von staatlichen Organen ausgeübt, deren Mitglieder auf Zeit gewählt werden. Die Mitglieder sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Die Kommentare zu den Forderungen 1 bis 5 können sie im Dossier nachlesen.